

V e r h a n d l u n g s p r o t o k o l l  
der 79. Sitzung des Bundesrates vom 10. November 1961

---

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Wahlen  
Abwesend: Hr. Spühler (dienstlich)  
Schriftführer: HH. Oser und Weber  
Protokolle: keine  
Beginn: 9 Uhr Schluss: 11 Uhr 45

---

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Angelegenheit mit dem italienischen Arbeitsminister Sullo

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass sich die italienische Regierung in zwei Malen auf unangenehme Art in unsere Angelegenheiten eingemischt habe.

1. Durch Ausübung eines Druckes auf die Kantonsregierungen bei der Frage der Pipeline.
2. Durch die unqualifizierbare Aktion des italienischen Arbeitsministers, die nicht hingenommen werden könne.

Es habe sich um eine eigentliche Ueberrumpelung gehandelt. Am Tage vor dem angekündigten Höflichkeitsbesuche habe der Herr Bundespräsident erfahren, dass die an den Verhandlungen mit Italien beteiligten Departementschefs gar nicht begrüsst worden seien. Herr Wahlen wisse nicht, wie der Kontakt mit den Kantonregierungen hergestellt worden sei. Gegenüber der einladenden Regierung von Zürich habe Herr Sullo sich unhöflich benommen, indem er mit einer Stunde Verspätung zum Essen eingetroffen sei. Er habe auch versucht auf den Bundespräsidenten einen Druck auszuüben, indem er habe durchblicken lassen, dass seine Regierung sich gezwungen sehen könnte, Massnahmen zu treffen, die bis zu einer Einreisesperre gehen könnten. Die schwerwiegendste Entgleisung schliesslich sei die Pressekonferenz auf der italienischen Botschaft gewesen. Trotzdem es nötig sei, gegen dieses Verhalten mit aller Festigkeit aufzutreten, sollte die Fortsetzung der Verhandlungen nicht gefährdet werden.

Der Sprechende möchte die beteiligten Departemente um Auskunft bitten, welche Vorbereitungen der italienische Botschafter für diesen Besuch getroffen habe.

Herr Tschudi war über den Besuch des Arbeitsministers nicht informiert. Er hätte bis dahin den Eindruck gehabt, dass die Verhandlungen auf gutem Wege seien. Man sei bereit gewesen, auf dem Gebiete der Sozialversicherung weitgehende Konzessionen zu machen und habe den Italienern gezeigt, dass ihre Arbeiter bei uns nicht schlechter behandelt würden als die Schweizer. Herr Tschudi hätte das Gefühl gehabt, dass auch Herr Unterstaatssekretär Storchi bei seinem Besuche diesen Eindruck gehabt hätte.



Herr Schaffner wurde ebenfalls nicht avisiert. Er habe von Herrn Direktor Holzer Auskunft verlangt, der ebenfalls nicht begrüsst worden sei und der ihm eine Notiz über seine Feststellungen erstattet habe. Ueber die zuständigen Bundesstellen sei lediglich die Höflichkeitsvisite vorbereitet worden. Die Besuche in Basel und Zürich seien von der Botschaft direkt über die zuständigen italienischen Konsulate arrangiert worden. Es erscheine ihm fraglich, ob die Regierungen von Basel und Zürich in einem solchen Fall, trotz der bestehenden Uebung, ohne Rücksprache mit den Bundesbehörden soweit gehen durften. Bei der Firma Brown Boveri habe Herr Sullo die italienischen Arbeiter zusammenrufen lassen und sie gefragt, ob sie sich zu beschweren hätten. Sein Auftreten sei an verschiedenen Orten als arrogant empfunden worden.

Unterstaatssekretär Storchi sei mit Herrn Botschafter Baldoni auch ziemlich überfallartig bei ihm erschienen. Herr Schaffner habe freundlich und verbindlich aber bestimmt die Dinge richtig gestellt und auf den Unterschied der italienischen und der schweizerischen Lösung hingewiesen (niedrige Löhne, prozentual hohe Sozialleistungen in Italien, hohe Löhne, prozentual niedrige Sozialleistungen in der Schweiz). Die Wortführer der Italiener würden durch die Tatsachen der Zahlen desavouiert. Die Zahl der italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz sei noch ständig im Zunehmen.

In Italien gäbe es genügend Gelegenheit, gegen soziale Rückständigkeit anzukämpfen. Herr Schaffner glaubt, man sollte über die Verhältnisse der italienischen Arbeiter in der Schweiz vermehrt publizistisch und aufklärend wirken. Herr Sullo sei nämlich bei vielen seiner eigenen Landsleute in der Schweiz nicht ohne Widerspruch geblieben. Die Leute hätten ihm erklärt, sie seien mit den Schweizern zufrieden, sie zögen die Arbeitsbedingungen in der Schweiz den Verhältnissen in Italien bei weitem vor. Man werde in der Sache auch mit unseren Gewerkschaften Fühlung nehmen müssen.

Italien hätte heute morgen mitteilen lassen, dass die Verhandlungen am 24. November wieder aufgenommen würden. Man dürfe annehmen, dass die Italiener es nicht bis zum Aeussersten kommen lassen würden.

Weiter bemerkt Herr Schaffner, dass eine gewisse Laxheit in der Handhabung der BV, soweit es sich um die Aussenpolitik handle, festzustellen sei. Die Aussenpolitik sei eindeutig dem Bundesrat anvertraut. Wenn jetzt die Kantone anfangen, solche Besuche zu organisieren, wüssten schliesslich auch unsere Firmen nicht mehr wer Koch und Kellner sei.

Herrn Baldoni gehöre eine Lektion. Er habe schon Herrn Storchi während einer laufenden Verhandlung eingeschaltet. Nachher wende er sich durch seine Konsuln an die verschiedenen Kantonsregierungen. Zuletzt nehme ein ausländischer Minister auf Schweizer Boden Inspektionen vor. ~~Herr Schaffner sei aufs äusserste aufgebracht. Wenn man nicht im Agrarsektor, in einem verzweifelten Kampf stehen würde, müsste man ganz anders dreinfahren.~~

*für die Beschaffung der Arbeitskräfte in  
Sehr schwieriger Situation wäre,*

Herr von Moos wurde ebenfalls von Herrn Storchi besucht. Anschliesslich eines Mittagessens auf einer Botschaft vom 30. Oktober habe Herr Baldoni beim schwarzen Kaffee das Thema der Verhandlungen wegen der Sozialabkommen angeschnitten. Er habe die italienische Politik erläutert und die Wünschbarkeit betont ~~im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen~~ bei diesen Abkommen zu greifbaren Resultaten zu kommen. Er habe dann auch den Besuch des Arbeitsministers Sullo angekündigt, der Herrn Wahlen und Herrn Schaffner Besuche machen und mit Unternehmungen und Kantonsregierungen Kontakte aufnehmen werde. Herr von Moos sei aber unter dem Eindruck gestanden, dass das nicht eine offizielle Mitteilung sei, die er weitergeben sollte, sondern dass man nun nachträglich auch ihn orientiere. Doch sei festzuhalten, dass Herr Baldoni mindestens diese Mitteilung gemacht habe.

Herr von Moos möchte wissen, ob die Agenturmeldungen aus dem Bundeshaus über den Eindruck vom Besuch des italienischen Arbeitsministers auf offiziellen Aeusserungen beruhen oder ob es sich um eine Kombination dieser Agenturen handle?

Das Verhalten Sullos sei sicher nicht korrekt gewesen. Man sollte gewisse Forderungen aus dem Vorfall ziehen und auch einige Fragen mit den Kantonen besprechen.

Der Herr Bundespräsident kann nicht sagen, wer der Presse die Auskunft erteilt habe, will das aber abklären.

Man müsse die Frage der Empfänge von Diplomaten und auswärtigen Staatsmännern durch die Kantone prüfen. Bei der heutigen Verkehrsdichte werde das immer schwieriger, man denke nur an Genf.

Er begrüsse den Gedanken, mit den Gewerkschaften zu reden, denn der ganze Vorfall könnte zu Reibereien zwischen unseren und den italienischen Arbeitern führen. Weil wir Gastland seien, wäre das bedauerlich.

Er werde Herrn Baldoni zitieren. Er bitte um Ueberlassung der Notiz von Direktor Holzer und um eine kurze schriftliche Zusammenfassung über die Unterredung von Moos/Baldoni.

Herr Chaudet findet, dass die Praxis der Kantone mit der Zeit auch im Gebiete der Spionage gefährlich werden könnte. Es könnten da Auskünfte gegeben werden, ohne dass sich die Betreffenden des Schadens bewusst würden, den sie anrichten.

Herr Tschudi glaubt, auf Grund seiner Erfahrungen als Mitglied der Basler Regierung, dass es nicht so einfach sein werde, mit den Kantonen eine Regelung zu treffen.

Herr von Moos stellt fest, dass nicht alle Kantone gleichermassen in Verbindung kommen mit den Diplomaten. Es sollte genügen, wenn man sie ersucht, über solche Besuche dem EPD Mitteilung zu machen. Es wäre dies ein Problem, das am besten an einer Regierungspräsidentenkonferenz besprochen würde, wenn gerade eine fällig wäre.

Es wird beschlossen, folgende Pressemitteilung herauszugeben:

Der Bundesrat hat mit Befremden Kenntnis genommen von der Art und Weise, wie der italienische Arbeitsminister, Herr Sullo,

Unternehmungen in der Schweiz besucht hat und von den Erklärungen, die er anlässlich seines Aufenthaltes abgegeben hat. Der Bundesrat stellt fest, dass das Problem der italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz Gegenstand von Verhandlungen ist und dass diese Verhandlungen vor Ende November wieder aufgenommen werden. Der Bundesrat behält sich vor, mit der italienischen Regierung wegen des Besuches des Herrn Sullo und seiner Einmischung in die inneren Verhältnisse der Schweiz Fühlung zu nehmen.

### Schriftliche Anträge

#### Justiz- und Polizeidepartement

##### Beschwerde Robert Achermann & Co, Luzern, betr. strassenrechtliche Projektierungszone

Herr Bourgknecht wünscht, dass in der Begründung gesagt werde, dass das Bundesgericht auf die Beschwerde, soweit es sich als zuständig erachtet habe, nicht eingetreten sei. Zu Ziffer 1 soll gesagt werden, dass die Beschwerde im Sinne der Erwägungen an die Vorinstanz gewiesen werde. Die Kosten sollen wettgeschlagen werden, nachdem die Beschwerdeführerin mindestens teilweise Recht bekommen habe.

Herr von Moos ist mit den beiden ersten Anträgen einverstanden. Die Frage der Kosten will er noch prüfen.

Der Rat beschliesst, die Kostenregelung nach erfolgter Prüfung dem JPD zu überlassen.

### Aussprachen

#### Präsidentschaft

##### Stiftung Balzan

Herr Tschudi führt aus, dass diese Angelegenheit deshalb unangenehm werden könnte, weil die beiden Testamentsvollstrecker bei den Einladungen kein Mass und Ziel gekannt hätten. Sie hätten alle gekrönten Häupter, aber auch Marschall Tito eingeladen und überhaupt vielmehr Leute als der Nationalratssaal fassen könne. Man habe nun den beiden Herren bedeutet, dass sie die Liste der Einzuladenden dem Protokoll des EPD zu unterbreiten hätten, was sie zugesagt hätten. Die Feier solle nun auch noch in zwei Teilen durchgeführt werden; die Bekanntgabe der Preisgewinner in der Schweiz und die Preisverteilung in Italien, wobei man mit der Anwesenheit von Herrn Gronchi in der Schweiz und des Herrn Bundespräsidenten in Italien rechne. Wenn der Herr Bundespräsident eine Reise ins Ausland ablehnen sollte, so würde wahrscheinlich auch Herr Gronchi nicht in die Schweiz kommen. Unglücklich sei auch die Zusammensetzung des Komitees. Herr Balzan habe mit den ~~beiden~~ Testamentsvollstreckern keine glückliche Wahl getroffen. Man habe nun auch erfahren, dass Advokat Mazzolini und Padre Zucca gegen Ende des Fascismus eine gewisse Rolle gespielt hätten. Padre Zucca soll bei der Bei-

setzung der Leiche Mussolinis beteiligt gewesen sein. Man sollte noch etwas abklären, welchen Ruf die beiden Herren in Italien haben. Der Umstand, dass Herr Gronchi sie empfangen hat, spreche allerdings für sie.

Man müsse das "Schiff noch nicht verlassen," doch werde man die Mitwirkung im Komitee davon abhängig machen, dass sich alles in einem vernünftigen Rahmen abspiele.

Herr Bourgknecht stellt fest, dass man bei der ganzen Angelegenheit moralische und finanzielle Verpflichtungen übernehme. Die Rechnung für die Einladungen werden schliesslich wir bezahlen müssen. Er finde die ganze Einstellung taktlos und unverschämt.

Der Herr Bundespräsident erinnert daran, dass sich der Bund bemüht habe, den Sitz der Stiftung in die Schweiz zu bekommen, weshalb man alles tun sollte, die Situation zu sanieren. Das EPD werde abklären, welchen Ruf die beiden Testamentsvollstrecker haben.

#### Interpellation Oprecht betreffend Waffenhandel

Es wird beschlossen, dass das JPD, als neutrales Departement, es übernehmen soll, zusammen mit dem EMD und dem EPD abzuklären, welchem Departement die Führung in der Angelegenheit zu übertragen sei.

#### Errichtung einer Waffenfabrik in Nigeria

Der Herr Bundespräsident teilt mit, dass der Verteidigungsminister von Nigeria so schnell wie möglich für sein Land über eine Waffenfabrik verfügen möchte. Schweizerische Waffenfabrikanten (SJG, Hispano Suiza, Bührle) stürzen sich auf diese neue Möglichkeit. Die Idee der Errichtung der Filiale einer schweizerischen Waffenfabrik im Herzen Afrikas stimme in keiner Weise mehr mit der Grundhaltung unserer Politik überein.

Herr Chaudet führt aus, dass sich der nigerische Verteidigungsminister von Bührle habe Geschenke geben lassen. Er habe mit mehreren Waffenfabriken Kontakt genommen und schliesslich dem Chef EMD einen Anstandsbesuch gemacht. Man wisse nicht recht, welche Rolle man dabei dem Bundesrat zuschieben wolle. Offenbar eine Art moralische Rückendeckung. Es scheine, dass sich diese Dinge häufen. In diesen Ländern herrsche eine furchtbare Korruption. Es fehle diesen Leuten jedes Verständnis für das Auseinanderhalten wirtschaftlicher Probleme und unserer politischen Grundhaltung.

Der Herr Bundespräsident wünscht, dass der Angelegenheit <sup>- alle</sup> Aufmerksamkeit geschenkt werde. Unsere Chefbeamten sollen sich darüber verständigen. Wenn die Fabriken vorwärts machen, müsse man die Bedingungen für die Waffenausfuhr überprüfen.

#### U m f r a g e

Hr. C h a u d e t

#### Zivilschutzgesetz. Parlamentarische Behandlung

Herr Chaudet fragt, ob der Bundesrat Gelegenheit erhalten werde,

zu den Beschlüssen der Kommission Stellung zu nehmen. Herr von Moos antwortet, dass die Kommission nochmals zusammenkomme und dass er dem Bundesrat die wichtigsten Differenzen von dieser Sitzung zur Stellungnahme vorlegen werde.

#### Weisungen an die zivilen Behörden und die Bevölkerung für den Kriegsfall

Die Aussprache habe zu einer Einigung geführt. Die einzige Differenz bestehe noch bei Art. 14 (Verhalten im besetzten Gebiet). Das EMD werde noch einen Text ausarbeiten.

#### Waffen- und Schiessplätze Ausbau, Verstärkung der Flab. Nationalrätliche Kommission

Die Kommission hat den Anträgen zugestimmt. Bei der Fliegerabwehr wollte sie noch weiter gehen und den Kredit noch erhöhen durch Beibehaltung und Modernisierung der 11 Schwere Flabbatterien. Der BR müsse hier seine Aktionsfreiheit bewahren. Er werde einen Bericht unterbreiten.

#### Erdölraffinerie

Herr Chaudet möchte, dass man diese Frage bald diskutiere. Er werde mit allen möglichen Eingaben bestürmt. Die Bevölkerung sei sehr beunruhigt. Man nähere sich einem Konflikt zwischen Wallis und Waadt. Man wisse nicht mehr recht, welche Rolle der Bundesrat noch spielen könne. Man suche jetzt offenbar den Bundesrat verantwortlich zu machen.

Der Herr Bundespräsident antwortet, dass Herr Spühler bereit sei, den Bundesrat zu orientieren. Noch unangenehmer als die Sache mit der Raffinerie seien die politischen Auswirkungen der Pipeline.

#### Kleine Anfrage Munz, Verhalten der Bevölkerung in einem Atomkrieg

Herr Chaudet hat die Departemente ersucht, die Mitberichte zum Antwortentwurf zu beschleunigen. Es handle sich darum, eine Broschüre über das Verhalten gegen Atomangriffe und Radioaktivität bereitzustellen und zu verteilen. Bereits wollten sich private Vereinigungen der Sache annehmen mit der Begründung, dass der Bundesrat nichts mache. In Schweden und Deutschland bestünden schon solche Broschüren. Das Bureau Fahrner habe eine Umfrage gemacht. Es würden bereits von Privaten kleine <sup>Leiterwagen</sup> Panzerwagen gekauft, um die Städte verlassen zu können. Man müsse deshalb mit der Aufklärung vorwärts machen. Bei der Verwaltung dauere die Ausarbeitung einer solchen Schrift zu lange, weshalb sich die Frage stelle, ob man nicht das Bureau Fahrner unter Aufsicht des EMD mit der Ausarbeitung einer Broschüre beauftragen könne?

Herr von Moos stellt fest, dass auch der Schweiz. Bund für Zivilschutz eine Eingabe gemacht habe. Bald nach Neujahr sollte eine Broschüre verteilt werden können. ~~Wenn heute etwas passieren sollte,~~ <sup>Verkehr</sup> könnte eine Aufklärung der Bevölkerung nur über die Presse erfolgen. Bezüglich ~~des~~ <sup>eines Bezuges des</sup> Bureau Fahrner <sup>durch Mitteilungen</sup>

möchte Herr von Moos in psycholog. Richtung ~~einige~~ Bedenken anbringen.

der Kommission für die Überwachung der Radioaktivität

Herr Tschudi teilt mit, dass die in Aussicht gestellte Publikation ~~des Gesundheitsamtes~~ wegen Radioaktivität in Vorbereitung sei. Das Bureau Fahrner werde in seinen Kreisen nicht akzeptiert. Es gebe andere Leute, die in der Lage sein sollten, eine solche Broschüre zu machen. Fahrner sei ein Propagandist ohne besondere technische Kenntnis auf dem fraglichen Gebiete.

Herr Chaudet präzisiert, dass es sich nicht um eine Publikation des Bureau Fahrner, sondern um eine solche des Bundesrates handeln würde. Im Bureau Fahrner hätte man die Equipe, die am schnellsten arbeite.

Auf Antrag des Herrn Bundespräsidenten einigt man sich dahin, mit der Vorbereitung einer Aufklärungsschrift über den Schutz der Zivilbevölkerung (vor allem gegen die Radioaktivität) das JPD, das EDI und das EMD zu beauftragen. Herr Fischer, Beauftragter für Zivilschutz, soll in Verbindung mit EMD und EDI einen Experten bezeichnen für die Beschaffung der wissenschaftlichen Unterlagen. Die Ausarbeitung der Schrift soll in Verbindung mit den andern beauftragten Departementen erfolgen.

Herr Chaudet betont, dass eine sehr energische Persönlichkeit bestimmt werden müsse, da man sonst riskiere, dass vorher durch private Initiative Broschüren des Auslandes übernommen würden. Die schwedische Broschüre z.B. eigne sich nicht für uns, weil sie den Partisanenkrieg propagiere und das Völkerrecht missachte.

### Hr. B o u r g k n e c h t

#### Fiskaleinnahmen

Herr Bourgknecht will später detaillierte Angaben machen. Heute sei nur mitgeteilt, dass die Einnahmen weiter im Steigen begriffen seien.

#### Unsere Anlagen im Ausland

Herr Bourgknecht orientiert über den Stand unserer Anlagen im Ausland. Er erklärt sich bereit, einen schriftlichen Bericht zu erstatten, was sehr begrüsst wird.

#### Angelegenheit E. Bonjour, PTT

Bonjour, ein ehemaliger PTT-Beamter soll behaupten, man habe ihm 1943 nicht den Rang gegeben, den er verdient hätte. Die PTT hätten damals seine Beförderung verlangt, das FZD habe aber das Geschäft schubladisiert. Bald nach seinem Weggange habe man dann aber seinem Nachfolger eine bessere Position gegeben.

Das Personalamt komme zur Auffassung, dass man hier nichts machen könne. Auch Herr Bourgknecht sei negativ eingestellt. Er möchte aber wissen, ob der Rat einen schriftlichen Bericht wünsche, weil die Eingabe an den Gesamtbundesrat gerichtet sei. Wenn dies nicht der Fall sei, dann werde er die Angelegenheit direkt erledigen.

Der Rat ist mit dem letztgenannten Vorschlag einverstanden.

Alarmruf der Nationalbank

Herr Bourgknecht hat Herrn Homberger getroffen, der ihm erklärt habe, das Resultat seiner Besprechungen mit den Arbeitnehmervertretern Leuenberger und Wüthrich sei negativ gewesen. Er glaube nicht, dass diese Kontakte viel nützen, weil diese Leute keine Möglichkeit hätten, einen Einfluss auf die Massen auszuüben. Man müsse davon Kenntnis nehmen und könne hier unsere Kräfte sparen.

OECD und EWG. Finanz- und Wirtschaftsdelegation

Es wird abgemacht, die Finanz- und Wirtschaftsdelegation auf Montag, den 13. November 16 Uhr 30 zu einer Sitzung einzuladen.

Konsultation der Parteien wegen der Bundesfinanzordnung

Herr Bourgknecht hat Gesuche um Fristverlängerung erhalten vom Sekretariat der konservativ-christlichsozialen Partei (um einige Tage), vom Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei bis Ende Dezember. Das sollte noch gehen, doch fragt sich Herr Bourgknecht, ob man nicht die politischen Parteien darauf aufmerksam machen sollte, dass durch die Konsultation der Parteien der Zeitplan nicht aus den Fugen geraten sollte, weshalb es nötig sei, dass die Fristen eingehalten würden.

Herr Oser teilt mit, dass für die Stellungnahme zur Wahlgrundlage des Nationalrates eine Verlängerung bis Ende Januar verlangt worden sei. Das werfe den ganzen Zeitplan durcheinander.

Der Herr Bundespräsident glaubt, dass man in der Konsultation der Polit. Parteien reserviert sein sollte, wenn es sich nicht um eine ausgesprochen politische Frage handle. Im Briefe sollte man bemerken, dass die Fristen einzuhalten seien.

Voranschlag 1962. Kommission des Ständerates

Der Kredit Pro Juventute werde erhöht im Interesse von Mütterferien von 15'200 auf 40'200 Franken. Herr Tschudi will noch prüfen, ob der Ueberbetrag vernünftig verwendet werden kann.

Demonstration der Bauern vom 17. November

Herr Bourgknecht wünscht, dass die Demonstranten, den Wunsch von einer Delegation des Bundesrates empfangen zu werden, vorher unterbreiten und dass sie die Zusammensetzung ihrer Delegation melden. Die Zahl der Vertreter sollte beschränkt werden.

Herr Schaffner teilt mit, dass er dem Bauernverbände sofort, nachdem er von der beabsichtigten Demonstration Kenntnis gehabt hätte, mitgeteilt habe, dass der Herr Bundespräsident und er am 17. November nicht in Bern sein würden und sie deshalb nicht in der Lage sein würden, eine Delegation zu empfangen. Seither habe ihm Herr Reichling geschrieben, dass die Bauern voraussichtlich überhaupt auf die Abordnung einer Delegation verzichten würden. Sollte doch eine Audienz gewünscht werden, so würden sie vorher mit dem Bundesrat ein passendes Datum vereinbaren.

Herr von Moos wirft die Frage auf, was geschehen solle, wenn eine aufgebrachte Menge beschliessen sollte, sofort eine Delegation zu schicken?

Der Herr Bundespräsident antwortet, dass die Organisatoren etwas Angst hätten vor dem eigenen Mut. Es werde nicht gefährlich werden. Es sei vorgesehen, die Demonstration mit der Landeshymne abzuschliessen (!)

Herr Chaudet glaubt, dass man nie ganz sicher sein könne, was passiere. Man werde sich entscheiden müssen, sie in diesem Falle nicht zu empfangen.

Herr Schaffner stellt fest, dass bis jetzt die Organisatoren inse-rieren müssten, die Leute sollen doch ja kommen. Es werde kaum Explosionen geben, da die Presse die ganze Veranstaltung nicht gut aufgenommen habe.

Hr. von M o o s

Institut für Rationalisierung. Sofia

Es wird ein Austausch von Patent/<sup>schriften</sup> gewünscht. Das Amt für Geistiges Eigentum beantragt, dem Gesuche Folge zu geben. Es handelt sich um eine Uebung. Es bestehen schon solche Vereinbarungen mit der Tschechoslowakei, Jugoslawien, und Ungarn. Der Rat ist einverstan-  
den.  
*/Polen*

Hr. T s c h u d i

Versetzung von Durisolbaracken aus dem Marzili

Herr Tschudi wurde von Herrn Bourgknecht über die Sachlage orientiert. Der Transport sei notwendig, weil die Stadt Bern auf dem Platze ein Schulhaus bauen wolle. Man könne daher jetzt dem ursprünglichen Antrag zustimmen. Das FZD sei einverstanden.

Hr. S c h a f f n e r

Einladung der Handelsminister des GATT

Der Rat ist damit einverstanden, dass Herr Schaffner diesen Herren ein Nachtessen offeriert.

Präsidialvorbringen

Einladung Marokko

Der Herr Bundeskanzler wird abgeordnet, da es sich um die Einladung eines Chargé d'Affaires handelt.

Abstimmungstabelle mit Kolonne über Stimmbeteiligung

Die Diskussion über dieses Geschäft wird nochmals verschoben.

Protokoll der letzten Sitzung

Das Verhandlungsprotokoll der 78. Sitzung des Bundesrates vom 7. November 1961 wird mit einer Aenderung beim Geschäft "Kleine Anfrage Munz, Verhalten der Bevölkerung in einem Atomkrieg" genehmigt.